

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch diese Ratssitzung war nicht vergnügungssteuerpflichtig. Dafür war sie mit etwa fünfeinhalb Stunden wenigstens kurz.

Sie begann mit der Verpflichtung des Kollegen Burkhard Plinke. Er rückt für die Grünen nach, um die ausgeschiedene Kollegin Stahl zu ersetzen, die aus beruflichen Gründen Braunschweig verlässt.

Gleichstellungsbericht

Nach den einstimmigen Beschlussfassungen über die Tagesordnung und das Protokoll der letzten Sitzung gab es eine erste Diskussion schon im Punkt Mitteilungen, nämlich über den Gleichstellungsbericht der Jahre 2010 bis 2012. Dieser Bericht ist laut Gemeindeverfassungsgesetz alle drei Jahre fällig und soll beschreiben, wie es denn mit der Gleichstellung vorangeht. Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Hugo ließ es sich natürlich nicht nehmen, den Bericht persönlich vorzustellen, und es gab mehrere Wortmeldungen dazu. Für uns redete unsere Bürgermeisterin **Annegret Ihbe**. Wenig verwunderlich war, dass alle Rednerinnen zu dem Schluss kamen, dass vieles geleistet sei, aber manches noch erreicht werden müsse.

Fragestunde

Staatstheater

Gleich mit der ersten Frage versuchte sich die CDU in Oppositionsarbeit. In seiner Februarsitzung hatte der Rat die Verwaltung gebeten, sich bei der Landesregierung für eine Gleichbehandlung bei der Bezuschussung des Staatstheaters mit der Stadt Oldenburg einzusetzen. Während wir ein Drittel des Defizits unseres Staatstheaters tragen, sind es in Oldenburg nur 25% - das Staatstheater Hannover wird sogar allein vom Land finanziert.

OB Dr. Hoffmann erledigte sich dieses Ratsauftrages durch ein einfaches Schreiben an die Landesregierung. Und daraufhin reagierte diese natürlich ablehnend – inhaltlich übrigens schwach begründet. Die CDU wollte nun wissen, wie es zu dieser Ungleichbehandlung gekommen sei. In Braunschweig geht dieser Drittelanteil auf das Jahr 1930 zurück, in Oldenburg und Hannover wurden die entsprechenden Verträge nach dem Kriege geschlossen.

Dann versuchte die CDU, die amtierenden Landtagsabgeordneten damit hineinzuziehen – Kunststück, sie haben ja keine mehr – und wollte wissen, ob und in welcher Form die amtierenden Abgeordneten sich zur Unterstützung dieser Forderung eingesetzt hätten. Und so verkündete die Verwaltung durch Anja Hesse, Kulturdezernentin, sie habe bis auf eine Mitteilung des Kollegen Heere (Grüne) keine Kenntnisse darüber, dass die Abgeordneten das Anliegen unterstützt hätten. Die richtige Antwort hätte lauten müssen: Das ist nicht Angelegenheit der Abgeordneten, denn der Staatstheatervertrag ist ein Vertrag zwischen der Stadt und der Landesregierung – nicht zwischen Stadt und Landtag. Und sie hätte weiter mitteilen müssen, dass die Stadt deshalb die Abgeordneten auch gar nicht gebeten hat, das Anliegen zu unterstützen, ja sie nicht einmal über den Vorstoß informiert hat. Trotzdem bekam die CDU ihr Fett weg: Udo Sommerfeld von den Linken fragte, welche Initiativen denn die CDU-Landtagsabgeordneten denn in den vergangenen Jahren in der Angelegenheit unternommen hätten. Antwort natürlich: Fehlanzeige.

Anmerkung in der Sache: Selbstverständlich halten wir unsere Forderung nach Gleichbehandlung zumindest mit Oldenburg aufrecht. Und natürlich haben sich unsere MdLs auch bei der Kultusministerin dafür eingesetzt – derzeit noch ohne Erfolg. Aber die Wahlperiode ist ja noch lang...

Bauland-Märchenstunde

Eine weitere – durchaus sachliche – Anfrage zu Baugebieten in der Stadt leitete die CDU mit ihrer liebgewonnenen Unwahrheit ein, dass nämlich in den 90er Jahren die Menschen die Stadt Braunschweig wegen fehlender Neubaugebiete scharenweise verlassen hätten. Bereits in der August-Ratssitzung 2012 hatte die CDU in der Fragestunde eine ähnliche Behauptung aufgestellt. Sie geht wohl davon aus, dass sich Märchen durch ständige Wiederholung in Realität verwandeln lassen. Ich habe daraufhin mit großem Vergnügen aus einer Mitteilung der Verwaltung vom Dezember 2000 zitiert – also ein knappes Jahr vor Amtsantritt Hoffmann. Daraus ergibt sich, dass in den Jahren 1989 – 1995 20 Baugebiete mit 1074 Wohneinheiten abgeschlossen und bebaut wurden und dass von 1995 bis 2000 17 weitere Baugebiete mit 2707 Wohneinheiten erschlossen wurden. Einige dieser Baugebiete waren damals schon zum großen Teil bebaut, andere baufertig, aber noch gänzlich unbebaut. Heute sind sie alle bebaut.

Und weiter enthält die Verwaltungsmittteilung die Aussage, dass zum Zeitpunkt Ende 2000 weitere Baugebiete mit 3886 Wohneinheiten in Planung waren – teilweise mit Baubeginn 2002, teilweise später. Die meisten dieser Baugebiete sind dann auch umgesetzt worden – dann natürlich nach Amtsantritt Hoffmann.

Unter diesen Baugebieten ist das Baugebiet Lammer Busch mit damals geplanten 1500 Wohneinheiten das größte. Hier sind Planung und Bebauung übrigens immer noch nicht abgeschlossen – mehr als 13 Jahre nach Beginn der Planung und dem Grundsatzbeschluss des Rates über die Einrichtung dieses Gebietes. Ganz im Gegenteil wurde der Ausbau nur zögerlich vorangetrieben – wahrscheinlich aus Sorge, durch ein Überangebot an Baugrundstücken einen Preisverfall zu verursachen. So sorgte sich Schwarz-Gelb um das Wohl junger bauwilliger Familien ...

Übrigens: Wer eine Unwahrheit verbreitet, ohne die Wahrheit zu kennen, kann erklären, er habe sich geirrt. Wer das in Kenntnis der Wahrheit tut, der lügt.

In einer weiteren Frage wollten die BIBS wissen, wer die Stadt Braunschweig auf dem Städtetag im April 2013 vertreten habe. Das stand in einer Vorlage für die Dienstreisegenehmigung, nämlich OB Dr. Hoffmann und die Bürgermeisterinnen Annegret Ihbe und Frau Harlfinger, kann man aber natürlich übersehen haben. Und sie wollten wissen, wie sich diese Delegierten bei der Abstimmung zu der dort verabschiedeten „Frankfurter Erklärung“ verhalten haben. Das war natürlich einstimmig, wie bei allen solchen Erklärungen, deren Text schon vor Beginn der Veranstaltung feststeht. Daraus wollte Peter Rosenbaum einen Gegensatz zur Privatisierungspolitik der Stadt herleiten. Mit so etwas in einer Fragestunde zu punkten, ist allerdings kaum möglich und gelang ihm auch hier nicht.

Herr Weidner (FDP) bewies in einer Anfrage seine Unkenntnis darüber, dass das Grundstückskataster für Braunschweig nicht bei der Stadt, sondern bei einer Landeseinrichtung geführt wird, und die Grünen fragten nach Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Gebäude. Hier finden noch Untersuchungen statt.

Ehrenbürgerschaft Prof. Piëch

Wenn eine Stadt eine Ehrenbürgerschaft beabsichtigt, ist es üblich, dass die erforderlichen Diskussionen zunächst nichtöffentlich in kleinem Kreis stattfinden und dass die Stadt – das heißt in diesem Fall der Rat – dann möglichst einheitlich und ohne strittige Diskussionen diese Ehrung beschließt. So war das früher auch in Braunschweig üblich – z.B. bei Rodenstein, Dr. Wiswedel, Theodor Kohl. Sonst besteht immer die Gefahr, den eigentlich zu Ehrenden zu beschädigen, also das Gegenteil zu erreichen. Selbstverständlich kann man dagegen stimmen oder sich enthalten und das, wenn es denn sein muss, auch kurz begründen. Man kann natürlich auch alles zerreden.

Für mich war das ein Tiefpunkt der Debattenkultur in Braunschweig und sehr desillusionierend, was das Verständnis mancher Ratsmitglieder von ihrer Aufgabe angeht, für das Wohl der Stadt zu wirken.

Zunächst brachte OB Dr. Hoffmann die Vorlage ein und begründete sie noch einmal ausführlich – gottseidank im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Absicht. Er erläuterte, dass der Vorschlag auch von Uwe Fritsch, dem Betriebsratsvorsitzenden des Braunschweiger VW-Werkes, entwickelt und unterstützt wurde, vor allem wegen der Verdienste Prof. Piëchs um den Erhalt und Ausbau des VW-Standortes Braunschweig, das in der Vergangenheit mehrfach in Gefahr war. Weiter führte er beispielsweise sein Engagement für Braunschweig z.B. beim Bau der Volkswagenhalle oder beim ersten Braunschweiger Lichtparcours auf – alles ruhig, sachlich und durchaus überzeugend. Nun hätte es gereicht, kurz Stellung zu nehmen, ob diese Gründe überzeugend genug für die Ehrenbürgerschaft seien und damit die Haltung der jeweiligen Fraktion zu begründen. So tat ich das dann auch und erklärte die Zustimmung der SPD. Und so machte es auch Udo Sommerfeld für die Linken, würdigte vor allem Piëchs Verdienste um die Arbeitsplätze in Braunschweig und die Mitbestimmungskultur im Unternehmen, teilte dann mit, dass es den Linken nicht möglich gewesen sei, den Anteil Piëchs daran zu überprüfen, und begründete damit die Enthaltung der Linken. Schon deutlich grenzwertig und darüber hinaus war der Redebeitrag von Holger Herlitschke für die Grünen. Er äußerte sich weniger zu den in der Vorlage und der OB-Rede aufgeführten Gründen, sondern behauptete, mit dieser Ehrung würde eine Ökonomisierung der Ehrenbürgerschaft betrieben - übersetzt: die Stadt und das Werk Braunschweig erhofften sich wirtschaftliche Vorteile durch ein verstärktes Engagement für den VW-Standort Braunschweig. Das sei abzulehnen.

Das war schon peinlich genug. Aber es war einigen Ratsmitgliedern ein Leichtes, das zu toppen. Ratsherr Jenzen (BIBS) erklärte zunächst, dass ein ihm gehörendes Grundstück an der Grenze des Flughafens jetzt kaum noch nutzbar sei und hielt dafür offensichtlich Herrn Prof. Piëch verantwortlich. Dann hätte er eigentlich wegen Befangenheit den Saal verlassen müssen. Stattdessen versuchte er zu beweisen, dass vieles, was Herr Piëch als Vorstand durchgesetzt habe, auf Ideen und Vorschläge Anderer zurückgehe. Eigene Verdienste Piëchs – Null. Herrn Jenzen ist offensichtlich nicht klar, dass noch so gute Ideen und Vorschläge auch von jemand durchgesetzt werden müssen – in nahezu allen Fällen gegen Widerstände.

Dieser Unfug war aber durchaus noch steigerungsfähig. Ratsherr Büchs lehnte die Ehrung mit dem Hinweis darauf ab, dass der Flughafenerweiterung 40 000 Bäume zum Opfer gefallen seien – als ob diese Baumaßnahme im VW-Vorstand beschlossen worden sei. Dass dieser Vorwurf ausgerechnet von einem Mitglied des Rates kommt, der diesen Flughafenausbau mit großer Mehrheit beschlossen hat, ist – äußerst höflich ausgedrückt – nicht nachvollziehbar. Dass Herr Büchs dann außerdem mitteilte, seit dem Flughafenausbau nicht mehr Fahrzeuge des VW-Konzerns zu fahren, zeigt die Hintergründe dieser Haltung auf. Geradezu entsetzt war ich darüber, dass er für diesen Beitrag noch Beifall auch von der Fraktion der Grünen bekam.

Die Krone setzte dem Ganzen dann noch Herr Schicke-Uffmann von der Piratenfraktion auf, der darauf hinwies, dass es Strafanzeigen gegen Herrn Piëch im Zusammenhang mit der Porscheübernahme gebe. Es blieb OB Dr. Hoffmann vorbehalten, darauf hinzuweisen, dass diese Strafanzeigen von amerikanischen Hedgefonds kamen, die auf schnelles Geld durch gelungene Spekulationsgeschäfte gehofft hatten und dabei auf die Nase fielen. Sollen wir neuerdings deren Interessen vertreten?

Offensichtlich ging es diesen Rednern darum, die ganze Angelegenheit so strittig zu machen, dass Herr Piëch die Ehrung ablehnt. Damit würde Braunschweig zur Lachnummer der Republik. Für mich ist das alles unfassbar.

OB-Wahltermin

Der Rat beschloss mit großer Mehrheit, den Termin der Neuwahl des OB mit der Europawahl zusammenzulegen, also auf den 25. Mai 2014, und den Termin einer eventuell erforderlichen Stichwahl auf den 15. Juni 2014. Die Diskussion drehte sich allerdings vorrangig um die gleichzeitig vom OB mitgeteilte Absicht, zum 30.06. die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand zu beantragen, und um die möglichen Folgen für die Amtsdauer seiner Nachfolger. Da gab es durchaus Unterschiede: Während eine Fraktion – nach meiner Erinnerung die Grünen – erklärte, jeder Tag weniger Amtszeit des OB sei zu begrüßen, erklärte Udo Sommerfeld für die Linken, er würde sogar die volle Amtszeit des OB in Kauf nehmen, damit die mögliche Übereinstimmung der Wahltermine von Rat und OB erreicht würden. Herr Schicke-Uffmann fand es durchaus positiv, wenn es unterschiedliche politische Ausrichtung des OB und der Ratsmehrheit gebe, wie jetzt in Braunschweig. Da konnte ich ihm durchaus zustimmen, jedenfalls bei einem CDU-OB Dr. Hoffmann und einer „bunten“ Ratsmehrheit.

Bezeichnend fand ich die Stellungnahme von Klaus Wendroth, der für erklärte, die CDU würde es am liebsten sehen, wenn sich Herr Dr. Hoffmann noch einmal zur Wiederwahl stellen könnte. Offensichtlich hat diese Partei immer noch Schwierigkeiten bei der Kandidatenfindung!

Stadionordnung

Die Debatte über die neue Stadionordnung war kürzer als erwartet. Udo Sommerfeld wollte gern wissen, an welchen äußeren Anzeichen die Ordnungskräfte Linksradikale erkennen sollten, und Herr Schicke-Uffmann fand in manchen Bestimmungen unerträgliche Einschränkung von Grundrechten. Andererseits ist jede Stadionordnung nur so gut wie ihre Handhabung durch die Ordnungskräfte, und so wurde sie mit großer Mehrheit beschlossen. Sollte sich herausstellen, dass es in der Umsetzung hakt, kann man schließlich ändern.

Anträge

Bei den übrigen Tagesordnungspunkten ging es um Routinefragen, und so landeten wir zügig beim TOP Anträge.

Minna Faßhauer

Hier ging es noch einmal etwas hoch her. Dem Rat lag der Antrag der Linken für eine angemessene Ehrung von Minna Faßhauer vor, bei dem schon im Kulturausschuss das Wort „Ehrung“ durch „Würdigung“ ersetzt wurde. Die öffentliche Diskussion der letzten Tage zeigte allerdings, dass es

erhebliche Wissenslücken bei allen Mitdiskutierenden über die damalige Zeit und die Person Minna Faßhauers gibt – für die einen ist sie eine Art Braunschweiger Rosa Luxemburg, für die anderen eine Linksterroristin. Wahrscheinlich ist sie weder das eine noch das andere. Wir wollen mit einem neuen Antrag erreichen, dass wichtige handelnde Personen der damaligen Zeit und ihr politisches Wirken so weit aufgearbeitet werden, dass es möglich ist, zu einer begründeten Haltung zu der jeweiligen Person zu kommen.

Zumindest die Vertagung wurde mit Mehrheit beschlossen.

Ackerrandstreifen

Es gab noch zwei Anträge der BIBS. Mit einem soll sichergestellt werden, dass bei geeigneten städtischen landwirtschaftlich genutzten Flächen ein ca. 5 Meter breiter Randstreifen nur extensiv genutzt wird, also ohne Düngung und Biozide. Im Interesse von Naturschutz und Artenvielfalt stimmten wir zu, der Antrag fand eine Mehrheit.

Konzept für sich finanziell selbsttragenden Flughafen

Die EU beabsichtigt eine Leitlinie, nach der Flughäfen nach einem Übergangszeitraum von zehn Jahren eine Deckung ihrer Betriebskosten erreichen müssen. Mit dieser Begründung stellten die BIBS einen Antrag, mit dem der Braunschweiger Flughafen gezwungen werden sollte, eine Konzeption zu entwickeln, nach der sich der Flughafen selber trägt. Sinn des Antrages war es wohl, darauf hinzuweisen, dass der Flughafen ein Betriebskostendefizit hat – wie viele andere wichtige Infrastruktureinrichtungen auch. Nicht bedacht hatten die Antragsteller, dass der Antrag auch bewusst missverstanden werden konnte. Das machte der Kollege Müller sehr deutlich: Er unterstellte den BIBS, sie wollten eine Erweiterung des Flughafens zu einem Luftdrehkreuz mit Ausbau des Personen- und Frachtflugverkehrs, wohl wissend, dass das keine Ratsfraktion will, insbesondere nicht die BIBS. Ja, so sachlich und wahrheitsliebend ist er nun mal, der Kollege Müller.

Unabhängig davon wurde der Antrag natürlich abgelehnt.

Schulsozialarbeit auch aus Bundesmitteln

Zu guter Letzt brachte **Christoph Bratmann** eine Resolution zur Fortführung der Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund ein. Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets finanziert der Bund ja auch diese Maßnahme mit. Die Regelung läuft allerdings Ende des Jahres aus und sollte für diese wichtige Maßnahme verlängert werden. Das sahen auch alle anderen so, und so wurde die Resolution einstimmig beschlossen – ein versöhnliches Ende einer teilweise unsäglichen Sitzung.

Freundliche Grüße!

Manfred